

Medienmitteilung
Bern, 24. Juni 2015

Fidleg/Finig: sgv sagt Nein zum Aufsichtsgesetz

Heute hat der Bundesrat das Finanzdienstleistungsgesetz Fidleg und das Finanzinfrastrukturgesetz Finig beraten. Seine Beschlüsse brechen der Selbstregulierung der Branche das Genick. Obschon verschiedene direkt Betroffene das Paket in der Vernehmlassung ablehnten, setzt der Bundesrat weiter auf eine Überregulierung. Die Vorlagen sind schädlich für Finanz-KMU, die dieselbe überbordende Regulierung tragen müssen wie Grossbanken.

Lanciert wurde das Paket Fidleg Finig als ein gesamtheitliches Konzept für den Finanzplatz. Heute ist es insgesamt auf ein Aufsichtsgesetz für unabhängige Vermögensverwalter geschrumpft. Für die Schonung der (Gross-) Banken bezahlen Finanz-KMU erneut die Zeche. Mit der Schaffung der Aufsichtsorganisation wird eine weitere, teure Instanz geschaffen, obschon es bereits bestehende Institute der Selbstregulierung gibt.

Der sgv als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft lehnt diese zusätzliche Institution ab. Er setzt sich ein für eine verhältnismässige, differenzierte Regulierung, die auf vorhandenen Lösungen aufbaut.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

Henrique Schneider, Ressortleiter, Tel. 031 380 14 38, Mobile 079 237 60 82

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.